

Unter der Herrschaft der Kommunistischen Partei

Der Sieg der Alliierten über Japan 1945 beseitigte die äußere Bedrohung, die das Schicksal Chinas nahezu ein Jahrhundert lang beeinflusst hatte. Der Sieg der Kommunisten, die bereits während des Zweiten Weltkrieges ihre Machtbasis hatten ausbauen können, über die Nationalregierung 1949 beendete schließlich auch den Bürgerkrieg endgültig, der das Land seit der Jahrhundertwende im Innern zerrissen hatte. Die Zahl der Opfer äußerer Aggression und innerer Zerrissenheit zwischen 1900 und 1949 wird auf 42 Millionen geschätzt. Die Machtübernahme der Kommunisten 1949 war daher eine Wende in der Geschichte Chinas. Der Einfluss des Auslandes wurde endgültig zurückgedrängt; China zog sich in eine selbst gewählte weitgehende Isolation zurück. Die von Mao Zedong geführte Kommunistische Partei begann zugleich, Landwirtschaft und Industrie, Bürokratie, Armee und das Erziehungswesen nach sowjetischem Vorbild umzugestalten. Dieser Prozess der Erneuerung verbesserte zwar allmählich die Lage der großen Mehrheit der Bevölkerung, forderte aber auch große Opfer. Anhänger des alten Regimes wurden ebenso brutal unterdrückt wie nationale Minderheiten in Randgebieten wie Tibet. Schätzungen zufolge sollen zwischen 1949 und 1987 weitere 35 Millionen Menschen Opfer politischer Gewalt geworden sein.

**Der Sieg der
Kommunistischen
Partei**

Die Ideen Mao Zedongs, der sich zunehmend von dem sowjetischen Modell abgewandt hatte, erwiesen sich in der Praxis zudem als illusionär. Die Bildung von Volkskommunen im Rahmen des so genannten „großen Sprungs nach vorn“ Ende der 1950er-Jahre stürzte das Land in großes wirtschaftliches Chaos. Hungersnöte, die annähernd 27 Millionen Tote zur

**„Der große Sprung
nach vorn“**



Folge hatten, verschärften dieses noch. Vorübergehend setzten sich in der politischen Führung jene Kräfte durch, die ein vorsichtigeres und den Realitäten angepasstes Vorgehen beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft forderten.

Überzeugt von der Idee, dass es ohne „Niederreißen keinen Aufbau“ geben kann, rief Mao Zedong 1966 die „Große Proletarische Kulturrevolution“ aus. Diese Bewegung stützte sich vor allem auf die in den „Roten Garden“ organisierte Jugend. Ziel war die Schaffung eines wirklich sozialistischen Chinas. Erst als das Land erneut im Chaos zu versinken drohte, brach Mao Zedong diese Kampagne ab.

„Große Proletarische Kulturrevolution“, Wandel in der Außenpolitik

Dem Versuch, das Ideal einer wirklich kommunistischen Gesellschaft aus sich selbst heraus zu verwirklichen, stand gleichzeitig ein Wandel in der Außenpolitik gegenüber: Allmächtig wurde die selbst gewählte außenpolitische Isolierung von Mao Zedong aufgegeben. Bereits in den 1950er-Jahren versuchte China, im Kampf gegen die kapitalistischen Länder der westlichen Welt die so genannte „Dritte Welt“ hinter sich zu vereinen. Schwere Grenzkonflikte mit der Sowjetunion waren 1972 Anlass für eine Annäherung Chinas und der Vereinigten Staaten. Gemeinsame machtpolitische und bald auch wirtschaftliche Ziele ließen ideologische Spannungen in den Hintergrund treten.

Nach dem Tode Mao Zedongs beschleunigte sich diese Annäherung an den Westen. Im Innern setzten sich die Reformer um Deng Xiao Ping gegen jene Vertreter in der Partei durch, die weiterhin streng an den Ideen Mao Zedongs festhalten wollten.

Der neue Kurs nach Maos Tod

Insbesondere in der Wirtschaftspolitik orientiert sich China seitdem an westlichen Ideen und betrachtet Sozialismus und Marktwirtschaft nicht mehr als unaufhebbaren Gegensatz. Nur so glaubt die Führung der Kommunistischen Partei, die Probleme des bevölkerungsreichsten Landes der Erde mit seinen ca. 1,2 Milliarden Einwohnern erfolgreich lösen zu können. An ihrem Führungsanspruch in Staat und Gesellschaft hält die Kommunistische Partei dennoch weiterhin fest. Dieser Widerspruch stößt seit Ende der 1980er-Jahre auf Widerstand vor allem unter Studenten und Intellektuellen. Demonstrationen, in denen diese mehr Demokratie forderten, wurden jedoch im Sommer 1989 blutig niedergeschlagen. Trotz der Kritik an ihrer unnachgiebigen Politik im Innern hält die chinesische Führung an dem eingeschlagenen wirtschaftlichen Reformkurs weiterhin fest.

Wirtschaftlich und außenpolitisch erscheint China heute als ein neues Machtzentrum in Asien. Als Atommacht und ständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen verfügt China über eine starke Position in der Weltpolitik. Durch seine Geschichte, seine Verbindungen zu Millionen Auslandschinesen und seine neue Stellung betrachtet es sich zudem als Führungsmacht in Asien. Aufgrund seiner Größe ist es möglicherweise auch eine wirtschaftliche Großmacht. Viele ausländische Investoren sehen in China einen riesigen Markt der Zukunft. Die Rückgabe des Finanz- und Handelszentrums Hongkong 1997 durch Großbritannien war insofern ein äußerlich sichtbares Zeichen dafür, dass sich der „chinesische Drache“ endgültig wieder erhoben hatte.

China – eine neue „Supermacht“?

Die zunehmenden Demonstrationen nationaler und religiöser Minderheiten in den letzten Jahren haben jedoch deutlich gemacht, dass China im Innern keineswegs stabil ist. Auch lassen sich die sozialen und ökologischen Folgekosten der liberalen Wirtschaftspolitik immer deutlicher erkennen. Besonders bedeutsam und politisch brisant ist die Haltung der chinesischen Regierung im Hinblick auf die Verweigerung der Gewährung allgemein gültiger Menschenrechte, allen voran Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie das Recht, am politischen Willensbildungsprozess wirklich aktiv und frei teilnehmen zu können. Dies gilt gleichermaßen für die bislang ungelöste Taiwanfrage. Nur wenn es gelingt, die vielschichtigen Probleme des Modernisierungsprozesses gesellschaftlich zufrieden stellend zu lösen, wird das „Reich der Mitte“ wirklich ein neues Machtzentrum im 21. Jahrhundert sein.

Ungelöste Probleme